

Geht doch

Während der Berliner CDU-Vorsitzende **Kai Wegner** ankündigt, sowohl mit der Berliner als auch mit der Bundes-CDU eine Doppelklage gegen den **Mietendeckel** auf den Weg bringen zu wollen, verkündete das Immobilienunternehmen **Groth-Gruppe**, einen neuen Stadtteil mit dem schönen Namen „**Neulichterfelde**“ auf einem ehemaligen Truppenübungsplatz der Amerikaner in Lichterfelde-Süd entstehen zu lassen. Groth hat sich offenbar den Entwurf des Mietendeckelgesetzes durchgelesen und festgestellt, dass **der Neubau davon nicht betroffen ist**. Für rund 2.500 Wohnungen, darunter 540 mit Sozialbindung, nimmt das Unternehmen insgesamt 900 Millionen Euro in die Hand. 6.000 Menschen werden zwischen Anhalter Bahn und Osdorfer Straße in einigen Jahren leben können. „Geplant sind ca. 1.540 Miet- und Eigentumswohnungen sowie etwa 420 Reihenhäuser, dazu drei Kitas, eine Grundschule mit Sporthalle und Sportplatz, eine Jugendeinrichtung und ein Stadtplatz mit 20.000 Quadratmetern Büro- und Gewerbeflächen. Die geförderten Mietwohnungen werden laut Groth-Gruppe von der Wohnungsbaugesellschaft Degewo gebaut.“ *Quelle: RBB24*

Dass es doch Unternehmen gibt, die trotz der drohenden Sintflut und des Untergang des Abendlandes in Berlin bauen wollen, hat natürlich nichts mit dem Senat zu tun. Nicht wegen, sondern trotz dieses Senats ist Berlin ja noch am Leben, würde Tagesspiegel Chefredakteur **Lorenz Maroldt** sagen. Und Infratest dimap, die im Auftrage der **Berliner Morgenpost** und der **RBB Abendschau** den „**Berlin-Trend**“ vom 11. bis 16. November unter 1.003 Wahlberechtigten ermittelt haben, scheinen ihm recht zu geben. Nur 30 Prozent der Befragten sind mit der Arbeit des Senats zufrieden, das ist der schlechteste Wert aller Bundesländer. Nur Deutschland insgesamt kommt mit 32 Prozent Zufriedenheit auf ein ähnlich schlechtes Ergebnis. In Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Baden-Württemberg liegen die Werte bei 68, 64 und 65 Prozent. Die meisten anderen Länder liegen deutlich über 50 Prozent, nur wenige über 40.

Auch die Spitzenpolitiker der Koalition aus SPD, Linken und Grünen in Berlin haben mäßige Zufriedenheitswerte. **Michael Müller** 36, **Klaus Lederer** 27 und **Ramona Pop** 22 Prozent. 45 bzw. 44 Prozent der Befragten können allerdings zu Lederer und Pop keine Angaben machen, „kenn ich nicht, weiß ich nicht.“ Das nützt aber alles nichts, denn, **wenn am kommenden Sonntag gewählt werden würde**, käme die SPD auf 16, die Linke auf 17 und die Grünen auf 23 Prozent. Das macht in Summe für R2G 56 Prozent, stabile Werte seit Jahren. Für die CDU mit 18,

die AfD mit 14 und die FDP mit fünf Prozent gibt es keine Mitregierungsoptionen. Alle Angaben unter <https://www.morgenpost.de/berlin/article227703891/Umfrage-Berliner-unzufrieden-aber-gruen-rot-rote-Mehrheit.html>

Wenn sich die grünen Werte in Berlin über die Zeit bis in den September 2021 mit ihren Werten retten, wird es hier einen grünen Regierenden Bürgermeister (m/w/d) geben. Nach Stuttgart (**Fritz Kuhn**) und Hannover (**Belit Onay**) könnte im Februar 2020 **Katharina Fegebank** Erste Bürgermeisterin Hamburgs werden. Allerdings klaffen die Umfragewerte deutlich auseinander. Am 12. November ermittelte Insa im Auftrage der Bild-Zeitung für die SPD 25 und die Grünen 26 Prozent, am 18. November Radio Hamburg für die SPD 32 und die Grünen 23 Prozent. Irrendwo dazwischen wird die Wahrheit liegen. Mit ihrer bisherigen Rot-Grünen Regierung sind die Hamburger zu 54 Prozent zufrieden.

Seit gestern hat Brandenburg eine neue Regierung aus SPD, CDU und Grünen (Kenia) und den alten Ministerpräsidenten **Dietmar Woidke**. **Michael Müller** gratulierte seinem Nachbar-Regierungschef freundlich. „**Berlin und Brandenburg können auf eine gute Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren blicken. Es gibt neue, großartige Vorhaben, die wir nur gemeinsam zum Erfolg führen können – sei es die Ansiedlung von Tesla, die Sicherung von bezahlbarem Wohnraum oder der Ausbau der Schieneninfrastruktur in der Hauptstadtregion. Entsprechend eng sind unsere vielfältigen Formen der Kooperation auf allen Ebenen. Diese intensive und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern werden wir fortsetzen, um die Metropolregion gemeinsam voranzubringen.**“

Da passt wie die Faust aufs Auge eine Pressemitteilung aus der Bauverwaltung. „**Wachstum gemeinsam gestalten: Berlin und Brandenburg unterstützen regionale Kooperationen.**“

Am Mittwoch, dem 20. November 2019, erfolgte durch Senatsbaudirektorin **Regula Lüscher** und dem Leiter der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg (GL), **Jan Drews**, der Startschuss für drei innovative Projekte der Landesentwicklung.

„*In den kommenden zwei Jahren fördert und begleitet die Gemeinsame Landesplanung drei ausgewählte Kooperationsprojekte zwischen Berliner Bezirken und ihren Brandenburger Nachbarkommunen. Damit unterstützen die Landesregierungen von Berlin und Brandenburg aktiv und gemeinsam die kommunalen Akteure bei der Gestaltung des Wachstums entlang der Siedlungsachsen.*“

„Die drei Vorhaben widmen sich konkreten Problemstellungen, die nicht allein im eigenen kommunalen Zuständigkeitsbereich zufriedenstellend gelöst werden können. So sollen gezielt Wachstumshemmnisse an der „Nahtstelle“ beider Länder beseitigt werden. Die GL hatte im Frühjahr 2019 zum Einreichen geeigneter Projektideen aufgerufen und aus den eingegangenen Vorschlägen die folgenden drei zur Umsetzung ausgewählt.

Der Bezirk **Marzahn-Hellersdorf** und der Landkreis **Märkisch-Oderland** möchten mit den Städten Altlandsberg und Strausberg, den Gemeinden Hoppegarten, Neuenhagen bei Berlin, Fredersdorf-Vogelsdorf, Petershagen/Eggersdorf, Rüdersdorf bei Berlin und Rehfelde für die prognostizierbare Wohnbauentwicklung den regionalen Mehrbedarf an sozialer Infrastruktur, insbesondere für Schulen und Kindergärten ermitteln, untereinander abstimmen und hierfür gemeinsam auch neue Standorte planen und entwickeln.

Der Landkreis **Potsdam-Mittelmark** will mit dem Bezirk **Steglitz-Zehlendorf**, der Landeshauptstadt **Potsdam**, der Stadt **Teltow** sowie den Gemeinden **Kleinmachnow**, **Stahnsdorf**, **Nuthetal** und **Schwielowsee** länderübergreifende Radschnellwege entwickeln, um insbesondere auch Pendlern neue Verkehrswege zu eröffnen.

Die Stadt **Ludwigfelde**, der **Bezirk Tempelhof-Schöneberg** und die Gemeinde **Großbeeren** wollen gemeinsam mit dem Berliner Unternehmensnetzwerk Motzener Straße den Stückguttransport zwischen dem Güterverkehrszentrum Großbeeren und Bezirk Tempelhof-Schöneberg besser bündeln, um die Wirtschaftsverkehre zu minimieren und somit die Gesamtverkehrsbelastung der Region zu verringern.

Alle drei Projekte greifen signifikante Themenstellungen entlang der Ländergrenze auf und adressieren so unterschiedliche Herausforderungen des Wachstums. Durch ein interkommunales Zusammenwirken sollen modellhafte Lösungen entwickelt werden, die sich auch in anderen Bezirken und Kommunen umsetzen lassen und die bisher so über die Landesgrenzen hinweggehend noch nicht angegangen wurden. Die Projekte wollen bis zum Sommer 2021 ihre Ergebnisse präsentieren.“

Wenn es auch in absehbarer Zeit kein gemeinsames Bundesland Berlin-Brandenburg geben wird, so sind doch vielfältige Kooperationen seit vielen Jahren möglich. Auf einen Wettbewerb sollte man verzichten. Brandenburg ist vor allem durch Berlin attraktiv und Berlin kann zusätzliche Potentiale in Brandenburg nutzen. Gemeinsam ist man immer stärker. Geht doch, wenn man will.

Ed Koch